



CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 54/Oktober 2013

LEP: Beteiligungsverfahren läuft bis zum 28. Februar 2014

Kommunen verlieren deutlich an Einfluss

Die Begeisterung der Kommunen in NRW wird sich ob des Entwurfs zum neuen Landesentwicklungsplanes (LEP) in Grenzen halten. Beispielsweise soll der Flächenbedarf einer Kommune sowie die daraus folgende Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen soll zukünftig von den Bezirksregierungen auf Basis einer landeseinheitlichen Berechnungsmethode ermittelt und bestimmt werden. „Hier soll massiv in das kommunale Planungsrecht eingegriffen werden. Eine flexible Planung und Flächenvorsorge so wie die Möglichkeit, Flächen zu tauschen, ist nicht mehr gegeben, da die einzelne Gemeinde nicht mehr die Bezugsgröße ist“, kritisiert CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Götz.

Auf 158 Seiten trifft der LEP-Entwurf Aussagen für die Bereiche Siedlungs- und Freiraum, Verkehr und technische Infrastruktur, Rohstoff- und Energieversorgung. Der neue LEP legt dabei erstmals fest, dass 1,6% der Landesfläche (54.000ha) für Windenergie vorbehalten sein soll. Diese Vorranggebiete werden in den Regionalplänen zeichnerisch festgelegt. Im Regierungsbezirk Köln

müssten proportional zum festgestellten Potential insgesamt 14.500ha ausgewiesen werden. Erstmals sollen auch Windenergieanlagen auf forstwirtschaftlichen Waldflächen zugelassen werden, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden.



Zukünftig auch in NRW möglich:
Große Windkraftanlagen im Wald

Flächen mit Erholungsfunktion befriedet und ausgleichen. Dazu sind im aktuellen Entwurf 60 Ziele und 65 Grundsätze der Raumordnung formuliert. Ziele sind verbindliche räumlich oder sachlich bestimmte, abschließend abgewogene Festlegungen, die von nachgeordneten Planungen zu beachten sind. Grundsätze sind von nachgeordneten Planungsebenen zu berücksichtigen können aber in der Abwägung überwunden werden.

Der Regionalrat Köln ist aufgefordert, bis zum 28. Februar 2014 seine Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



der Ausgang der Bundestagswahl 2013 war in zweierlei Hinsicht historisch. Zum einen fehlten der Union von CDU/CSU nur fünf Sitze für eine absolute Mehrheit im. Zum anderen hat es die FDP erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik nicht in den Bundestag geschafft.

Angesichts dieser Tatsache fällt das Feiern über den deutlichen Wahlsieg der Union mit etwas Abstand betrachtet schwerer. Eine Minderheitsregierung hat Angela Merkel aus guten Gründen ausgeschlossen. Allein hinsichtlich der großen Verantwortung Deutschlands für Europa in Zeiten der Krise wäre dies ein fatales Zeichen.

Nun wird man sich entweder mit der SPD oder den Grünen auf eine Koalition einlassen müssen. Das bedeutet gleichzeitig, Kompromisse einzugehen und Dinge in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, die nicht Teil unseres Regierungsprogramms sind.

Eines muss allerdings klar sein: Das Wahlergebnis muss sich im Koalitionsvertrag sowohl in Inhalten als auch in Personalien im Verhältnis widerspiegeln. Die von der SPD geforderte „Augenhöhe“ zeigt, dass sie den Willen des Bürgers nicht verstanden haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Themen dieser Ausgabe

- Seite 1: Vorwort
LEP
- Seite 2: Bundesverkehrswegeplan 2015
- Seite 3: PSW Rursee, AG IRR
- Seite 4: Bundestagswahl, Termine

Bundesverkehrswegeplan: Liste mit 279 Straßenverkehrsprojekten für NRW

54 vom Regionalrat beschlossene Projekte nach Berlin gemeldet

Mehr als neun Monate hat die Landesregierung gebraucht um eine Liste mit Straßenbauprojekten vorzulegen, die an den Bund für den Bundesverkehrswegeplan 2015 (BVWP) gemeldet werden. Am 26. September 2013 wurde die Liste letztendlich dem Landtag zugeleitet. Der Regionalrat Köln hatte in seiner Sitzung am 14. Dezember 2012 bereits **84** Projektvorschläge beschlossen und an die Landesregierung weitergeleitet. **54** dieser Projekte finden sich nun auf der NRW-Liste wieder. Warum Projekte auf die Liste aufgenommen worden sind oder nicht, ist bisher nicht ersichtlich. „Das Landesverkehrsministerium konnte uns in der Verkehrskommission am 20. September noch nicht einmal Kriterien nennen, nach denen die gemeldeten Projekte bewertet werden. Umso erstaunlicher war es, dass sechs Tage später eine fertige Liste vorlag“, wundert sich Karsten Möring, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln. Eine Nachfrage der Fraktion für die Regionalratssitzung am 11. Oktober blieb bisher unbeantwortet. „Dies spricht nicht gerade für ein transparentes und objektives Verfahren. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Entscheidungen und die Kriterien, auf derer diese gefallen sind, so schnell wie möglich offen legt und erklärt.“, so Möring. Es ist bspw. nicht nachvollziehbar, warum die Ortsumgehung Much, die eine hohe Akzeptanz und fortgeschrittenen Planungstand hat, nicht aufgenommen wurde.

Ein für die Region großes und wichtiges Projekt hat es auf die NRW-Liste zur Anmeldung beim Bund geschafft.



Seit über 30 Jahren wird über eine neue Rheinquerung bei Wesseling als Verbindung der Autobahnen 555 und 59 debattiert. Nun scheint das Projekt auch mit Blick auf die enormen Brückenschäden in und um

Köln wieder in den Vordergrund gerückt zu sein. Auf einer Brückenkonferenz Mitte September hatten zudem die Stadt Wesseling und die Industrie- und Handelskammern den Bau der Brücke gefordert. Es wäre eine Verbindung

der L 150 Köln (linksrheinisch) mit der Ortsumgehung L 274 (rechtsrheinisch). Nach Vorstellung des Rhein-Sieg-Kreis sollen über die Brücke auch Züge fahren. Für Autofahrer und den LKW-Verkehr der Wirtschaft würde die Brücke erhebliche Vorteile und Zeitersparnisse bringen. Sollte der Bund das Projekt in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen, könnte der Landesbetrieb Straßen.NRW mit konkreten Planungen beginnen. Bis Ende 2014 ist mit den ersten Bewertungen vom Bund zu rechnen.

Die Bundesregierung ist nach dem Grundgesetz verantwortlich für Bau und Erhaltung der Bundesverkehrswege. Grundlage für die Erhaltung, Entwicklung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist der BVWP. Ein Bundesverkehrswegeplan wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgestellt und vom Bundeskabinett beschlossen. Er enthält alle beabsichtigten Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte sowie den Erhaltungsbedarf. Grundlage des BVWP 2015 ist aktualisierte Verkehrsprognose, die für das Zieljahr 2030 berechnet wird. In regelmäßigen Abständen nach Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans (alle 5 Jahre) prüft das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, ob die Bedarfspläne für Bundesschienenwege und Bundesfernstraßen der aktuellen Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung anzupassen sind. Die letzte Bedarfsplanüberprüfung wurde 2010 abgeschlossen. Die Bedarfsplanüberprüfungen haben keine direkten Rückkopplungen auf den BVWP, können aber Anlass für die Neuaufstellung eines Bundesverkehrswegeplans sein, um die verkehrsträgerübergreifende Infrastrukturpolitik Deutschlands neu auszurichten.



Der BVWP legt u.a. fest, welcher Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen zukünftig vom Bund gefördert wird

PSW Rursee: Regionalrat Köln lehnt Antrag auf Regionalplanänderung mehrheitlich ab

Auswirkungen des Kraftwerks auf die Region nicht kalkulierbar

Der Regionalrat Köln hat auf seiner Sitzung am 11. Oktober den Antrag auf Regionalplanänderung zur Errichtung eines Pumpspeicherkraftwerks am Rursee mit großer Mehrheit abgelehnt. „Die CDU-Fraktion ist in einem langen Abwägungsprozess zu dem Schluss gekommen, dass der Rursee aufgrund von nicht kalkulierbaren Auswirkungen auf die Region kein geeigneter Standort für ein Pumpspeicherkraftwerk ist“, stellt Fraktionsvorsitzender Stefan Götz zusammenfassend klar. Zudem hatte sich der ursprüngliche potentielle Investor, die Trianel GmbH, zwischenzeitlich von den Planungen verabschiedet. „Unabhängig von den Sachgründen, die zu unserer Entscheidung geführt haben, hätten wir uns zudem mit einem Vorratsbeschluss in diesem Fall extrem schwer getan. Dies wäre für die gesamte Region ein Tod auf Raten gewesen. Es war für unsere Fraktion keine Option“, ergänzt Götz.



Woffelsbach am Rursee: Hier sollte das Einlaufbauwerk für das Kraftwerk gebaut werden

Für einige Verwunderung hat das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion gesorgt. Diese hatte sich unerwartet

mehrheitlich enthalten, obwohl man in der Aussprache nochmal die Notwendigkeit und angebliche Raumverträglichkeit des Projekts in den Vordergrund gestellt hat. Es darf spekuliert werden, ob diese Entscheidung mit den aktuellen Sondierungsgesprächen auf Bundesebene zu tun hat oder ob sich die SPD mit Blick auf die Kommunalwahlen 2014 in der betroffenen Region um den Rursee nun doch nicht zum Buh-Mann machen wollte. „Wir können über das plötzliche Umfallen der SPD nur spekulieren. Für zukünftige Entscheidungen müssen wir uns allerdings fragen, ob die SPD ein verlässlicher Partner sein kann“, so Götz.

Selten hatte ein Antrag auf Regionalplanänderung im Vorfeld solche Wellen geschlagen. Bundesweit hat das Verfahren Aufmerksamkeit erlangt, spätestens, als der ehemalige Vorhabenträger, die Trianel GmbH, sich im Juni dieses Jahres vom Projekt zurückgezogen hat. Am 11. Oktober hat der Regionalrat Köln schlussendlich die Pläne für ein Pumpspeicherkraftwerk am Rursee in der Eifel ad acta gelegt.

Ministerium zieht Reißleine - Innovationsregion Rheinisches Revier dieser Form gescheitert

CDU-Fraktion bezeichnet geplante Neuausrichtung als überfällig

„Wir haben die diffuse Ausrichtung und die enorme Themenbreite der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) von Beginn an kritisch gesehen und als nicht praktikabel bewertet“, so Günter Weber, Sprecher der CDU-Fraktion in der AG IRR der Regionalräte Köln und Düsseldorf. In der Sitzung der AG IRR am 10. Oktober wurde dann deutlich, was sich seit mehreren Wochen abgezeichnet hatte.

Spätestens mit der Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums NRW vom 04. September war klar, dass die IRR in dieser Form gescheitert ist. Kein klares Leitbild, kein klares Ziel, dafür unklare Zuständigkeiten sowie zu viele gesellschaftspolitische Themen, die mit der eigentlichen Intention, nämlich das rheinische Braunkohlegebiet fit für die

Zukunft zu machen, nichts zu tun haben.

Die CDU-Fraktion in der AG IRR begrüßt, dass das Ministerium die Reißleine gezogen und eine sofortige Neuausrichtung angeregt hat. Weber stellt für die Fraktion klar, „dass wir eine sinnvolle räumliche und inhaltliche Konzentration positiv begleiten werden.“ Der Strukturwandel im Revier müsse konkreter gefasst und klare Themen formuliert werden. Dazu gehöre auch, Entscheidungswege und Entscheidungskompetenzen klar zu definieren, um die Diffusität des bisherigen Gebildes auszulösen. Das Ministerium kündigte an, bis zum Ende des Jahres einen geeigneten Projektpartner zu finden und eine geordnete Übergabe vorzubereiten.

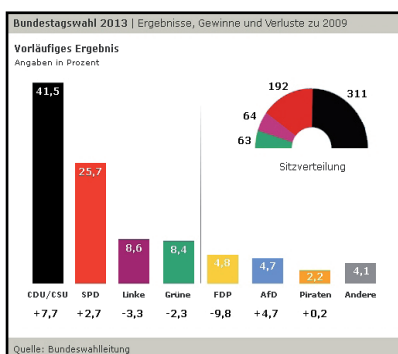
Bundestagswahl: Regierungsbezirk Köln mit 15 CDU-Abgeordneten im Bundestag vertreten

Regionalratsmitglied Karsten Möring in den Bundestag gewählt

Am Ende war es äußerst knapp. Wäre die Wahl im Wahlkreis 093 - Köln I ein 100 Meter-Lauf gewesen, man hätte selbst auf dem Fotofinish genau hinsehen müssen. Gerade einmal 402 Stimmen (0,3%) fehlten Karsten Möring zum Erreichen des Direktmandats, und das in einer SPD-Hochburg. „Am Ende des Wahlabends war es schon sehr enttäuschend, dass es so knapp nicht gereicht hat. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass ich aufgrund des hervorragenden Zweitstimmenergebnisses über die Landesliste doch noch in den Bundestag eingezogen bin“, so Möring. Mit Möring gewinnt die CDU-Bundestagsfraktion einen ausgewiesenen Verkehrsexperten, bei dem die Interessen der Region in guten Händen sind. „Wir hoffen, dass Karsten Möring unserer Regionalratsfraktion erhalten bleibt und somit eine wichtige direkte Verbindung nach Berlin sein kann“, so Fraktionsvorsitzender Stefan Götz.



Karsten Möring



Ergebnis und Sitzverteilung
für den neuen Bundestag

Insgesamt haben alle 15 im Regierungsbezirk Köln angetretenen CDULer den Einzug in den Bundestag geschafft. Wir gratulieren **Gisela Manderla** (Köln), **Prof. Dr. Heribert Hirte** (Köln), **Helmut Fedor Nowak** (Leverkusen/Köln), **Detlef Seif** (Euskirchen/Rhein-Erft-Kreis), **Dr. Georg Kippels** (Rhein-Erft-Kreis), **Rudolf Henke** (Aachen), **Helmut Brandt** (Aachen), **Wilfried Oellers** (Heinsberg), **Thomas Rachel** (Düren), **Dr. Norbert Röttgen** (Rhein-Sieg-Kreis), **Elisabeth Winkelmeier-Becker** (Rhein-Sieg-Kreis), **Dr. Claudia Maria Lücking-Michel** (Bonn), **Klaus-Peter Flosbach** (Oberbergischer Kreis) und **Wolfgang Bosbach** (Rheinisch-Bergischer Kreis).

Termine der Fraktion

Sondersitzung KRS
Freitag, 18. Oktober 2013

Unterkommission Rhein-Berg
Mittwoch, 04. November 2013

Unterkommission Ville-Eifel
Mittwoch, 06. November 2013

KRS
Freitag, 15. November 2013

Braunkohlensausschuss
Donnerstag, 21. November 2013

Verkehrskommission
Freitag, 22. November 2013

Fraktionssitzung
06. Dezember 2013

Regionalratssitzung
13. Dezember 2013

Die Geschäftsstelle bleibt
während der Herbstferien
vom 28.10. - 01.11.
geschlossen.

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

stellv. Vorsitzender:

Heidi-Rackwitz Zimmermann
(Vorsitzende der Verkehrskommission)
Rhein-Sieg-Kreis

Vorsitzender des Regionalrats:

Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

Franz-Michael Jansen
(Stellv. Vorsitzender der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen)
Kreis Heinsberg

Fraktionsgeschäftsstelle:

Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

Die **CDU**-Fraktion
im Regionalrat Köln
wünscht Ihnen
schöne und
erholsame
Herbstferien